

Dieses Dokument fasst die im Voraus verfassten Thesen der Teilnehmer am Wachstumszwang-Workshop zusammen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Organisatoren diese beim Zusammenfassen sinnentstellend verändert haben. Bedenken Sie beim Lesen, dass es sich um eine erste Annäherung an das Thema handelt und die Definitionen oder Mechanismen Vorschläge sind, die auf dem Workshop zu diskutieren sind.

1. sozialer Zwang und wirtschaftlicher Sachzwang

- a) eine Figuration, in der die Handlungsmöglichkeiten und -optionen der Akteure durch interdependente Umweltbedingungen aus sozialen und ökonomischen Faktoren und Akteuren, die sich der richtunggebenden Einflussnahme der Akteure entziehen, in bestimmte Handlungskorridore gelenkt und somit zu einem Teil oder ganz determiniert werden.
- b) Das Adjektiv "sozial" mildert die Absolutheit des Begriffes "Zwang". Denn anders als bei einem finanziellen (begrenzte Mittel) oder einem gesetzlich/administrativen Zwang, gibt es keine klare Vorgabe, die erfüllt werden muss. Statt dessen geht es um Erwartungen (eines Teils) der Gesellschaft oder der Gruppe für ein bestimmtes Verhalten. Umgekehrt kann sich ein Individuum bestimmten Erwartungen, ob zu Recht oder zu Unrecht, ausgesetzt sehen.
- c) Wirtschaftlicher Sachzwang: Besteht ein wirtschaftlicher Sachzwang, so bringt er dem Wirtschaftssubjekt, das ihn nicht befolgt, Nachteile.
- d) Zwang geht auch immer mit einer Einschränkung der Freiheit einher. In diesem Zusammenhang könnte man die Freiheits-Definition von Jean-Jacques Rousseau heranziehen: „Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern, dass er nicht tun muss, was er nicht will.“ Unter diesem Gesichtspunkt würde ich die beiden Begriffe als Mechanismen definieren, wodurch die soziale und wirtschaftliche Umwelt Individuen dazu drängt, eigentlich unerwünschte und unnatürliche Handlungen und Aktivitäten umzusetzen, wobei es zu diesen keine relevanten bzw. realistischen Alternativen gibt.
- e) Auf der Mikro- und Mesoebene sind soziale Zwänge meist Gruppenphänomene, während wirtschaftliche Sachzwänge zumeist knappe verfügbare Mittel bedeuten, für Individuen wie für Unternehmen. Auf der Makro- und Metaebene bezieht sich der Begriff der Sachzwänge meist auf die Vorgaben der jeweils herrschenden Wirtschaftsideologie, deren Umsetzung aber durch soziale Zwänge eingegrenzt werden kann.
- f) ein sozialer Zwang ist bspw. Geltungskonsum: Güter, die kaum praktischen Gebrauchswert haben bzw. deren Gebrauchswert noch nicht vollständig abgeschrieben ist (Modebekleidung etc.), werden so dennoch in großer Menge produziert.
- g) wirtschaftlicher Sachzwang auf der Produktionsseite der Volkswirtschaft: Erhaltungsinvestitionen, die Verwendung bestimmter Inputfaktoren/Vorleistungsgüter bei gegebener Produktionstechnologie etc.
- h) weit zu definieren: jede soziale bzw. ökonomische Bedingung, deren Missachtung ein existenzielles bzw. inakzeptables Risiko in den Augen des jeweiligen Akteurs in unvertretbarem Maße steigert. Solche Risiken sind z.B. das Ausscheiden aus dem Markt

(Unternehmen), die ausbleibende Wiederwahl (Politiker) oder sozialer Ausschluss (Bürger). Letztendlich definieren aber die Akteure selbst, was für sie inakzeptabel bzw. existenzbedrohend ist.

- i) Wirtschaftlicher Sachzwang beispielsweise unvermeidliches Verhalten im Wettbewerb, um Konkurs zu entgehen
- j) Ein "sozialer Zwang" klingt für mich primär nach sozialen Normen bzw., allgemeiner, Institutionen (einschließlich Gesetze etc.). Eine weitere Assoziation ist das Konzept der sozialen Dilemmata, d. h. kollektiv "irrationalen" Verhaltens, das das Resultat individueller "Rationalität" ist (ohne in dem gegebenen Kontext auf die standard-ökonomische Definition von Rationalität zu beharren). Sozialer Zwang wäre demzufolge etwas der Gesellschaft "internes", worauf sie zumindest potentiell Einfluss hat. Ein wirtschaftlicher Sachzwang wäre dann gewissermaßen eine Unterkategorie, denn er resultiert dem Namen nach aus der Wirkung der Institutionen, die für die Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten zuständig/relevant sind. Er hat weniger mit sozialen Dilemmata zu tun, sondern ist vielmehr eng mit dem vorherrschenden Modus wirtschaftlicher Interaktionen verbunden.
- k) Für das Überleben im weiteren Sinne (körperlich, spirituell, geistig, emotional) notwendig, durch äußere Faktoren vorgegeben und nur gering unter eigener Kontrolle. Wirtschaftlicher Sachzwang ist Teil davon, bezieht sich aber nur auf das Körperliche.
- l) Den Begriff „sozialer Zwang“ verbinde ich mit sozialen Normen und deren Institutionalisierung z. B. in Gesetzen, die bestimmte Verhaltensweisen von Individuen fordern, und somit das Verhalten stark beeinflussen oder sogar bestimmen. Abweichungen von sozialen Normen können von Institutionen oder anderen Individuen sanktioniert werden. Der Begriff „wirtschaftlicher Sachzwang“ hingegen kann sowohl auf soziale Zwänge (z.B. dass sich ein ökonomischer Akteur den Gesetzen beugen muss) als auch auf biophysikalische bzw. ökologische Zwänge (z.B. dass für ein Produkt bestimmte Inputs benötigt werden) verweisen. Während erstere sich stark zwischen unterschiedlichen Wirtschaftssystemen unterscheiden können, sind letztere durch naturwissenschaftliche Möglichkeiten und Unmöglichkeiten bestimmt. In ökonomischen Modellen sind solche Sachzwänge oft als Nebenbedingungen für das Optimierungsproblem gegeben.
- m) Als Sachzwang definiere ich eine Tatsache oder eine Umstand, der eine freie Entscheidung einzuschränken scheint. Dabei kann diese Einschränkung tatsächlich vorliegen oder aber nur fiktiv, also vermeintlich vorhanden sein. Als Beispiel könnte ein Unternehmer (Privatier, Politiker, etc.) sagen, dass er ja gerne auf nachhaltige Produkte und Prozesse setzen würde, es aber (vermeintlich) nicht kann, da er dadurch nicht mehr wettbewerbsfähig wäre. Tatsächlich ist dieser Nachteil aber nicht gegeben (wie Beispiele aus der Realität zeigen), er müsste eben nur „über seinen Schatten springen“.
- n) Bei einer (wirtschaftlichen/...) Entscheidung stehen eigentlich wie immer mehrere Möglichkeiten zur Verfügung; allerdings ist eine oder mehrere dieser auf Grund anderer Umstände nicht realisierbar. Somit handelt man potenziell anders, als gewünscht. Analogie: Ich würde jetzt liebend gerne einen Spaziergang machen, da mir das sehr gut tut, allerdings habe ich mir gestern die Hüfte gebrochen und bleibe somit im Bett liegen.
- o) Die Unterscheidung zwischen sozialen und wirtschaftlichen Zwängen ist m. E. nach sehr sinnvoll. Ein sozialer Zwang resultiert aus dem sozialem Umfeld, aus einem Kollektiv

heraus und wirkt normativ auf die Handlung des Individuums ein. Wirtschaftliche Zwänge wirken sich offensichtlich und in immer mehr Lebensbereichen auf das Handeln des Individuums aus. Im Gegensatz zu den sozialen Zwängen steht das Individuum hier aber nicht im Konflikt mit seiner Gruppe und deren Normen. Bei einem wirtschaftlichen Zwang ist das Individuum konträr einer Theorie, die mitunter Annahmen wie Rationalität folgt etc. Historisch gewachsen und durch einen Performativen Akt Realität geworden, ist der wirtschaftliche Zwang eine Zwang der auf einer Theorie beruht, auf einer Idee. Diese Idee ist wiederum wandelbar und ständiger Dynamiken ausgesetzt (a la Popper und Lakatos...).

- p) ein "sozialer Zwang" bzw. "wirtschaftlicher Sachzwang" beschreibt einen gesellschafts- bzw. wirtschaftssystemischen Mechanismus, bei dem das zu Grunde liegende Regel-/Rechtssystem bestimmte Handlungen erzwingt bzw. bestimmte Eigenschaften (zwangsläufig) hervorbringt/induziert.
- q) Der Begriff sozialer Zwang beschreibt meiner Ansicht nach die (subjektiv empfundene) Notwendigkeit von Individuen sich bestimmten Kulturformen anzupassen um keine soziale Ausgrenzung zu erfahren. Der wirtschaftliche Sachzwang beschreibt, dass Institutionen (z.B. Firmen, Staaten) auf eine spezielle Art und Weise zu handeln, aber da sonst ihre Fortexistenz bedroht ist.
- r) alltagssprachliches Verständnis: Unter einem sozialen Zwang würde ich verstehen, dass Menschen aus sozialen Gründen (Anerkennung, Nicht-Ausschluss) gezwungen sind etwas zu tun. Wirtschaftliche Sachzwänge sind aus meiner Sicht Dinge die Menschen oder Institutionen tun müssen aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten in denen sie sich befinden.
- s) In der Soziologie hat Durkheim den Begriff des „sozialen Tatbestands“ geprägt, das ist „jede mehr oder minder festgelegte Art des Handelns, die die Fähigkeit besitzt, auf den Einzelnen einen äußeren Zwang auszuüben; oder auch, die im Bereiche einer gegebenen Gesellschaft allgemein auftritt, wobei sie ein von ihren individuellen Äußerungen unabhängiges Eigenleben besitzt“. Nicht verwunderlich entsteht für die Soziologie ein Zwang aus einer sozialen Dynamik. Aber es stecken natürlich auch technische Aspekte in der Etablierung eines s.T. und der Entfaltung seiner verbindlichen Wirkung, die als Zwang interpretiert werden kann.
- t) Ein wirtschaftlicher Sachzwang besteht auf der Mikroebene, wenn wirtschaftliche Akteure aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen ihres Umfeldes zu einem bestimmten Verhalten gezwungen sind, um ihr Überleben zu sichern. Dabei stellt sich die Frage ob ein wirtschaftlicher Sachzwang nicht auch unabhängig davon auf Makroebene besteht. Hier könnte man einen Sachzwang so definieren, dass Institutionen zu bestimmten ökonomischen Maßnahmen gezwungen sind, um die ökonomische Stabilität des der Wirtschaft (Gewährleistung eines mind. konstanten Leistungs- und Warenstroms) zu gewährleisten. Einen sozialen Zwang würde ich davon abgrenzen. Hier spielen eher Zwänge durch das soziale Umfeld eine Rolle. Man ist demnach zu bestimmten Verhaltensweisen gezwungen, damit man innerhalb des sozialen Umfeldes bestehen kann (Anerkennung, Duldung...).
- u) Die Notwendigkeit sich auf eine bestimmte Art zu verhalten, um das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Ein wirtschaftlicher Akteur fühlt sich (in Anbetracht des wirtschaftlichen Systems) gezwungen zu wachsen. Der Begriff sozialer Zwang könnte in

diesem Zusammenhang aus Sicht eines Unternehmers oder aus Sicht eines Bürgers betrachtet werden. Für den ersten ergeben sich soziale Zwänge in der Berücksichtigung sozialer Gesetze oder Standards, welche wiederum sein Verhalten für das wirtschaftliche Überleben beeinflussen.

- v) Wir benutzen „gesellschaftlichen Zwang“ als Oberbegriff, mit sozialen und wirtschaftlichen Zwängen als Unterkategorien. Wir haben versucht, mit einer *formalen* und *schmalen* Definition dem Begriff analytische Schärfe zu geben. Das Wort „Zwang“ suggeriert Alternativlosigkeit, aber bei gesellschaftlichen Zwängen handelt es sich praktisch nie um Alternativlosigkeiten. Man wird nicht gewaltsam gezwungen, etwas Bestimmtes zu tun, aber wenn man es nicht tut, vergrößern sich kontinuierlich die Schwierigkeiten. Wirklich alternativlos („zwingend“) sind physiologische und soziale Grundbedürfnisse. Sie sind *objektive* Notwendigkeiten. In modernen Gesellschaften bedeutet das vor allem, ein (Basis)Einkommen erzielen zu müssen. Es gibt hierzu keine realistische Alternative, wohl aber gibt es verschiedene Formen der Einkommenserzielung, und damit eröffnen sich Entscheidungsspielräume. Ein gesellschaftlicher Zwang liegt gemäß unserer Definition nur dann vor, wenn soziale Normen die Entscheidungsspielräume für die Alternativen einer *objektiven* Notwendigkeit systematisch und massiv in eine Richtung verschieben. Auf die überwältigende Mehrheit der gesellschaftlichen Akteure wird ein (impliziter, legitimer, unpersönlicher) Druck ausgeübt, dem sie irgendwann nicht mehr widerstehen können und wollen (!), weil (als Unterkategorien) Einkommensverlust oder soziale Exklusion drohen (Exklusion = „harte“ Formen sozialer Ausgrenzung, nicht lediglich „sozialer Druck“). Ein „Sachzwang“ ist eher eine Argumentationsfigur, wo dem Zwang ein neutraler, „technischer“ Grund gegeben wird, den man nicht verhandeln oder wegdiskutieren kann.
- w) Ein „sozialer Zwang“ ist ein Mechanismus, der unter den gegebenen traditionsgebundenen Verhältnissen die handelnden Subjekte veranlasst, sich für den Erhalt ihrer Gruppenzugehörigkeit in einer bestimmten Weise zu verhalten. Ein „wirtschaftlicher Sachzwang“ ist ein Mechanismus, der unter den gegebenen Verhältnissen wirtschaftlich handelnde Subjekte dazu veranlasst, sich in einer gewissen Weise „gleichgerichtet“ zu verhalten, weil sie sich ansonsten in ihrer wirtschaftlichen Existenz beeinträchtigt oder bedroht fühlen. Die „Gleichgerichtetheit“ drückt aus, dass sich zufällige Abweichungen in der Summe nicht neutralisieren (wie etwa bei einem Risikoaufschlag). „Wirtschaftlich handelnde Subjekte“ sind dabei Einzelpersonen, Haushalte, Unternehmen der verschiedensten Art, Gemeinden, Kreise, Länder, der Bundesw.
- x) „Sozialer Zwang“ ist meiner Ansicht nach ein Zwang bedingt durch informelle Institutionen, insbesondere die Gesellschaft. „Sachzwang“ bezieht sich auf die Einschränkung der Handlungsalternativen zum einen in Form von realen wirtschaftlichen Restriktionen (wie z.B. Budget) und zum anderen in Form von informellen Institutionen, die durch soziale Restriktionen (sozialen Zwang) zu einer vermeidlich Einschränkung führen.
- y) Zwang ist wesentlich etwas Soziales, daher ist der Begriff „sozialer Zwang“ ein Pleonasmus. Zwang ist ein Verhältnis zwischen einer Autorität und einer/m Gezwungenen, für die/den gilt:
- Falls er/sie gegen gewisse, von der Autorität vorgegebene Handlungsabsichten

verstößt, wird die Autorität ihn/sie sanktionieren (in letzter Konsequenz durch Ausübung physischer Gewalt), sodass er/sie gemäß den Absichten der Autorität handelt.

– Falls er/sie gegen gewisse, von der Autorität vorgegebene Handlungsabsichten verstößt, wird er/sie substantiell benachteiligt (in seinen Menschenrechten bzw. in der Realisierung eines gelingenden menschlichen Lebens eingeschränkt) sein, sodass er/sie gemäß den Absichten der Autorität handelt.

Der/die Gezwungene muss nicht eine Person sein, auch viele nicht-menschliche Tierarten können dazu gehören. Es muss aber ein Wesen sein, das über Handlungsoptionen verfügt. (Diese Explikation basiert auf Vorschlägen von Scott Anderson (Coercion. The Stanford Encyclopedia of Philosophy <https://plato.stanford.edu/archives/sum2015/entries/coercion/>), Robert Nozick (Coercion. In: Morgenbesser u.a. (Hrsg.) Philosophy, Science, and Method: Essays in Honor of Ernest Nagel, 1969) und Laura Valentini (Coercion and (Global) Justice. American Political Science Review, 105(01):205–220, 2011).

Die Autorität muss nicht eine Person oder Personengruppe sein, sie kann auch in expliziten oder impliziten Normen (Gesetzen, Institutionen etc.) kodifiziert sein. Aber irgendwo im Hintergrund muss es eine Personengruppe geben, deren Handlungsabsichten (in den Normen) zur Geltung gebracht werden und die die Sanktionen glaubwürdig androht. Nach diesem Verständnis ist Zwang nicht zwingend schlecht oder moralisch verwerflich. Wenn ein Staat Steuern eintreibt, übt er nach diesem Verständnis Zwang aus. Es lassen sich aber gute Gründe dafür anführen, dass ein Staat Steuern eintreibt. Lediglich AnarchistInnen bestreiten, dass Zwang moralisch gerechtfertigt sein kann.

- z) Für das Verständnis des Begriffes „Zwang“ ist es hilfreich, diesen Begriff von ähnlich gelagerten Begriffen wie „Wirkung“ oder „sozialer Druck“ zu unterscheiden. Zwang als etwas wesentlich Soziales ist etwas Anderes als ein Naturgesetz oder ein Mechanismus. Merkwürdig finde ich auch, das Wort Zwang auf eine Relation zwischen einem Naturgesetz und handelnden Akteuren zu beziehen, also die Autorität in Naturgesetzen zu verorten: Naturgesetze können ebenfalls mein Verhalten in eine bestimmte Richtung beeinflussen und somit eine ähnliche Wirkung wie Zwang ausüben. Allerdings sprechen wir eben von einer „Wirkung von Naturgesetzen auf mein Verhalten“, meinen damit ein kausales Verhältnis. Und das ist etwas prinzipiell Anderes als ein Einfluss auf die Handlungen eines Wesens wie es in einem Zwangsverhältnis erfolgt (Zwang schränkt meine Freiheiten ein, Naturgesetze schränken meine Freiheiten nicht ein, vielmehr habe ich meine Freiheit erst im Rahmen von Naturgesetzen).

Vom sozialen Druck unterscheidet sich Zwang durch die Konsequenzen aus der Nichtbefolgung dessen, was die Autorität vorschreibt. Beim sozialen Druck sind diese Konsequenzen weniger moralisch bedeutsam: Es geht um Phänomene, bei denen man sich von seinem sozialen Umfeld absondern würde. Beim Zwang sind die Konsequenzen aus der Nichtbefolgung der Vorgaben der Autorität hingegen gravierend: fehlender Zugang zu grundlegenden Bestandteilen guten Lebens (Gesundheit, körperliche/psychische Unversehrtheit, Nahrung und Obdach etc.)

- aa) Wirtschaftlicher Zwang: Ökonomische Ordnung/ Institutionen kodifizieren ein Institutionengefüge, für das gilt: wenn Individuen dagegen verstoßen, werden sie entweder durch den Staat sanktioniert oder substantiell benachteiligt (i.e. in ihren Grundrechten bzw. Zugang zu grundlegenden Bestandteilen guten Lebens

eingeschränkt). Beispiele für wirtschaftliche Zwänge:

– Zwang, Geld zu benutzen. Die Autorität ist der Staat, der mittels Gesetze eine ökonomische Ordnung geschaffen hat, für die gilt: falls die Mitglieder dieses Staates sich nicht daran halten (ihren Tausch nicht über das gesetzliche Zahlungsmittel abwickeln), sie kaum in der Lage sein werden, grundlegende Bestandteile gelingenden Lebens zu erlangen.

– Verträge können Zwang ausüben, und zwar dann, wenn sie zwischen ungleich mächtigen Parteien abgeschlossen wurden und die schwächere Partei, existentielle Nöte geraten würde, falls sie den Vertrag nicht unterzeichnet. Thomas Pogge (World Poverty and Human Rights, 2002) argumentiert, dass viele Verträge zur Regulierung internationaler Handelsbeziehungen zwischen wohlhabenden und armen Ländern Zwang in diesem Sinne ausüben.

bb) 1. Sozialer Zwang

Beispielsweise erwähnt seien hier a) Durkheim: der im „sozialen Zwang“ einen sozialen Tatbestand sieht, als „mehr oder minder festgelegte Art des Handelns, die die Fähigkeit besitzt, auf den Einzelnen einen äußeren Zwang auszuüben; oder auch, die im Bereiche einer gegebenen Gesellschaft allgemein auftritt, wobei sie ein von ihren individuellen Äußerungen unabhängiges Eigenleben besitzt. Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialer_Tatbestand

Die Konkretion erfolgt durch Nutzung gesellschaftlich relevanter Struktur & Zeichenelemente, mit Hilfe derer nach b) Claessens

– Arten diffuser Machtausübung in sozialen Beziehungen verbunden sind:

1. Zwang zur Selbstdarstellung (des eigenen Erscheinens)
2. Zwang zur Fremdwahrnehmung (des Anderen)
3. Zwang zur Bildung eines (Gruppen-) Binnenselbstverständnisses
4. Zwang zur Außendarstellung (der eigenen Gruppe) (Beispiel: Wartezimmer/

Arztsprechstunde) Quelle: https://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/polsoz/Lehre-Archiv/lehre-ss09/Soziologische_Grundbegriffe/Vorl8_SW.pdf

2. Wachstumszwang

- a) Die Notwendigkeit zu wachsen, um das wirtschaftliche Überleben zu sichern.
- b) eine Situation, in der die Orientierung an der Ausweitung des ökonomischen Kapitalstocks zur hegemonialen Handlungsorientierung für Institutionen und Akteure avanciert und diese dadurch in eine bestimmte Richtung determiniert.
- c) ein „wirtschaftlicher Sachzwang“, bei dem eigentlich keiner wachsen möchte, jedoch aus der Angst, der Konkurrent vollziehe demnächst einen Wachstumsschritt, macht man diesen lieber selbst, um nicht ins Hintertreffen zu geraten.
- d) nicht relevante bzw. realistische Alternativen: durch den (gefühlten) Wachstumszwang wird die Ansicht vermittelt, es gäbe keine andere Möglichkeit (auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene). Ein Zurück zu einer Subsistenzwirtschaft oder das Halten der derzeitigen Wirtschaftsleistung wird als unmöglich oder zumindest nicht erstrebenswert erachtet, Glaube daran, dass Wachstum etwas Gutes ist und noch dazu unvermeidlich
- e) wenn mit innerwirtschaftlichen Maßnahmen Wachstum zwar ggf. beschleunigt oder begrenzt, nicht aber umgekehrt werden kann. Verschärft wird (push), wenn soziale und andere Infrastruktursysteme der Gesellschaft so ausgelegt worden sind, dass sie ohne Wachstum zusammenzuberechen drohen (pull).
- f) Wachstumszwang besteht, wenn die auf der Produktionsseite einer Volkswirtschaft tätigen Wirtschaftssubjekte ihre Produktion ausdehnen müssen, um ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber ihren Kapitalgebern nachkommen zu können.
- g) sämtliche Bedingungen, die ökonomische, politische oder sonstige gesellschaftliche Akteure unter Androhung ökonomisch, politisch oder sozial inakzeptabler Sanktionen zu einem Verhalten bewegen, das zu Wachstum beiträgt
- h) Wichtig ist Eingrenzung des Begriffs Wachstum. Es ist sicher weniger hilfreich für unsere Zwecke von einem Wachstumszwang zu sprechen, wenn es sich um Wachstum i.S. des Aufschließens zur technological frontier handelt, also um nachholendes Wachstum von Schwellen- und Entwicklungsländern wie das Chinas in den letzten 40 Jahren. Ein solcher Wachstumszwang würde sich über kurz oder lang von selbst erledigen, nämlich wenn der steady state erreicht ist. Ein für unsere (OECD-weltlichen) Begriffe relevanter Wachstumszwang liegt m.E. eher dann vor, wenn Akteure zu Produktivitätssteigerungen gezwungen werden, was zum Verschieben der technological frontier bzw. zu Potenzialwachstum führt.
- i) wichtig, den Begriff Zwang vom Begriff Treiber zu unterscheiden, wie es z.B. Binswanger in seiner Wachstumsspirale getan hat: Statuswettbewerb z.B. ist in aller Regel kein Zwang, man kann jederzeit aussteigen wenn man möchte bzw. die Entschlusskraft aufbringt. Die Kosten mögen zwar nicht gering sein (gesellschaftlicher Ansehensverlust), aber als prohibitiv bzw. existenziell dürften sie in aller Regel nicht einzustufen sein. Der Wettbewerbsmechanismus auf Faktor- und Gütermärkten hingegen ist ein Zwang, da er ökonomisch existenzielle Bedeutung hat.
- j) Ein Wachstumszwang ist ein Mechanismus (im weitesten Sinne des Wortes), der Wirtschaftswachstum erzwingt und in dieser Eigenschaft kaum oder nicht veränderbar ist. Er kann verschiedene Ursachen haben, je nachdem wie viel "Veränderbarkeitspotenzial" man im Rahmen seiner Definition zulässt. Dies können kulturelle Faktoren sein (bspw.

Konsumismus), "wirtschaftliche Sachzwänge" aller Art, mit direkter/beabsichtigter sowie indirekter/nicht beabsichtigter Wirkung auf wirtschaftliche Aktivität, soziale Dilemmata etc. Ich glaube, die entscheidende Schwierigkeit bei der Definition eines Wachstumszwanges besteht darin, dass die Festlegung des zulässigen Veränderbarkeitspotenzials zwangsläufig arbiträr bleibt (es sei denn, man würde die Definition auf "fatalistische" Fälle beschränken, d. h., Zwänge, denen man wirklich nichts entgegenzusetzen hat - ob es diese überhaupt gibt, ist allerdings zu bezweifeln).

- k) Das BIP muss wachsen, sonst gibt es Probleme, die Grundbedürfnissen aus der maslowschen Pyramide (Physiologisch und Sicherheit) zu decken. Dadurch lassen sich auch die Höheren nicht erreichen. Somit gibt es erzwingt das Wohlergehen des Menschen Wirtschaftswachstum. Folgendes Gedankenspiel interessiert mich: Wenn nur die bezahlten Dienstleistungen wachsen würden, ohne das jemals dabei etwas Materielles produziert wird, hätte man theoretisch Wirtschaftswachstum ohne ökologische Folgeschäden.
- l) Meiner Meinung nach lässt sich der Begriff „Wachstumszwang“ nur in Bezug auf ein bestimmtes Wirtschaftssystem sinnvoll definieren. Das birgt (neben vielen Begriffskonfusionen) das Problem zu bestimmen, nach welchen Regeln unser Wirtschaftssystem funktioniert. Denn diese Regeln ändern sich über die Zeit, und ökonomische Modelle beschreiben starke Abstraktionen der Wirtschaft und fassen daher nur bestimmte Aspekte des Systems. Trotz dieser Schwierigkeiten könnte eine Arbeitsdefinition sein, dass ein Wirtschaftssystem dann Wachstumszwängen unterliegt, wenn ein stabiler Systemzustand ohne Wachstum ohne eine massive Änderung der wirtschaftspolitischen Regelungen (z.B. Eigentumsverhältnisse, Produktionsweisen, etc.) nicht möglich ist.
- m) Der Wachstumszwang ist mit dem o.g. Sachzwang vergleichbar – die heutige Wirtschaft setzt auf solche Wachstumszwänge – weshalb es so schwierig ist, u.a. den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Der Wachstumszwang ist auch eine Folge des erreichten Wohlstandes – und dass man mit „den anderen“ mithalten möchte (auch Statusdenken) und so muss man eben „zulegen“, also auch wachsen.
- n) Bei einer Entscheidung stehen eigentlich wie immer mehrere Möglichkeiten zu Verfügung; allerdings trägt eine oder mehrere dieser nicht zum Wachstum eines wirtschaftlich definierten Produktes (wie z.B. BIP), oder bremst es sogar. Da das Wachstum dieses/r Produktes/r von größerer Wichtigkeit ist als potentielle positive Ergebnisse dieser Entscheidung, gelten letztere als nicht realisierbar.
- o) Bestimmte Wirtschaftssysteme erzeugen einen Wachstumszwang, wenn sie zwangsweise zu einem Wachstum in Produktions-, Kapital- und Schuldmengen führen, und folglich zu immer stärkeren Umweltschäden wie Klimawandel. Das heißt, Nullwachstum ist nicht möglich in diesem Wirtschaftssystem.
- p) In bestimmten Wirtschaftssystemen ist die Politik gezwungen für Wirtschaftswachstum zu sorgen, weil andernfalls negative Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und Deflation folgen. Das heißt, Nullwachstum oder Schrumpfung ist möglich, aber nicht wünschenswert solange das Wirtschaftssystem nicht radikal geändert wird.
- q) Aus der Logik der gegenwärtigen Wachstumstheorie heraus wahr gewordenes Paradigma, gemessen an rein quantitativen Indikatoren.
- r) Ein "Wachstumszwang" besteht dann in einem System, wenn es ohne dauerhaftes Wachstum zusammenbricht.

- s) Wachstumszwang bedeutet, dass Individuen und Institutionen (glauben) am ökonomischen Steigerungsspiel mitwirken (zu) müssen da Ihnen ansonsten die Erfüllung von grundlegenden oder als solche empfundene Bedürfnisse verwehrt bleiben.
- t) Um ehrlich zu sein halte ich nicht besonders viel von dem Begriff Wachstumszwang. Im Bezug auf Wachstum gibt es aus meiner Sicht Gründe für Wachstum (oder Wachstumstreiber), durch die Wachstum erklärt werden kann. Daneben gibt es „wachstumsabhängige Bereiche“, welche nicht mehr funktionieren, wenn es kein Wachstum gibt. Diese wachstumsabhängigen Bereiche werden in der Literatur oft mit Wachstumszwang betitelt. Wie gesagt erachte ich letzteren Begriff aber nicht als zutreffend.
- u) Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen über das regenerative Maß hinaus wird zunehmend als Problem gesehen. Sie zeitigt nämlich mittlerweile hier Folgen, und hier meint bei den Verursachern. Wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch hängen derzeit untrennbar zusammen. Wenn Wachstum trotzdem nicht als Problem angesehen und behandelt wird, könnte das an Wachstumszwängen liegen, an Mechanismen, die einen Umbau zur steady state economy unvorstellbar und unmöglich machen.
- v) Ein Wachstumszwang kann sich auf verschiedene Dimensionen beziehen: Psychologisch/Individuell, Kulturell und Ökonomisch. Ein ökonomischer Wachstumszwang besteht, wenn ein wie oben definierter wirtschaftlicher Sachzwang besteht, der entweder das Überleben wirtschaftlicher Akteure oder die Stabilität des Wirtschaftssystems gefährdet, wenn die Produktion der Akteure (Mikro) oder der gesamten Wirtschaft (Makro) nicht wächst. Die anderen Dimensionen lasse ich hier aus.
- w) Auf der Makroebene sprechen wir von einem Wachstumszwang, wenn ein systemimmanenter, vom Willen der einzelnen Wirtschaftsakteure unabhängiger Mechanismus besteht, der das Wachstum des Sozialproduktes erfordert, damit keine Krisen entstehen. Ein kollektives Phänomen muss sich jedoch aus den Einzelentscheidungen der beteiligten *Akteure* erklären lassen. Es gibt nicht „die Gesellschaft“ oder „die Wirtschaft“, die sich für Wirtschaftswachstum entscheiden, sondern immer nur einzelne Akteure, die aus individuell guten Gründen handeln. Es gilt zu verstehen, unter welchen Bedingungen und Annahmen (Situationslogiken) sie diese Entscheidungen treffen und was daran „unausweichlich“ ist oder erscheint. – Auf der Mikroebene definieren wir einen Wachstumszwang als äußere Bedingungen, die von einem Akteur ständig höhere ökonomische Anstrengungen erfordern, um *existentielle* Konsequenzen zu vermeiden – also inakzeptable Schwierigkeiten, verlässlich ein Basiseinkommen zu erzielen, oder die Gefahr sozialer Exklusion. Daneben gibt es Wachstumstreiber, die entweder einen vorhandenen Wachstumszwang verschärfen oder aber einen eigenständigen Druck ausüben, der jedoch nicht existentiell ist.
- x) Ein wie sozialer oder wirtschaftlicher (Sach-)Zwang, der bewirkt, dass für den Erhalt der Gruppenzugehörigkeit und die Vermeidung wirtschaftlicher Nachteile das Bestreben nach Ausweitung der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit eintritt. Die wirtschaftliche Tätigkeit wird dabei in Geld gemessen. Die Ausweitung kann ein Wachstum des Einkommens, des Konsums, des Vermögens, des Umsatzes oder der Bilanzsumme bedeuten, aber auch ein Wachstum der Steuereinnahmen bzw. allgemein der „finanzwirtschaftlichen Tätigkeiten“ einer Kommune o.ä.
- y) Ich denke der Begriff hat zwei Betrachtungsebenen. Zum einen die formal-theoretische, die sich aus der theoretischen Sicht der Wirtschaft ergibt und auf der gewählten Theorie basiert.

Zum anderen die empirische, die sich aus dem realen Wirtschaftssystem und seinen Institutionen ergibt. Wachstumszwang, also ein Zwang der Wirtschaft zu wachsen, wäre für mich zwangsläufig ein Ergebnis des Wirtschaftssystems, welches sich durchaus verändern lässt. Die Frage wäre welche Komponente führt zu einem Wachstumszwang oder gibt es ihn wirklich? Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass das Dogma des Wachstumszwangs keine reale Grundlage hat, sondern nur ein Ergebnis normativ geprägter Theorie darstellt.

- z) Nach der obigen Explikation des Begriffes „Zwang“ ist es begrifflich verwirrend, von Mechanismen zu sprechen, die Zwang ausüben. Mechanismen können Wirkungen haben, die dazu führen, dass eine Volkswirtschaft wächst. Ich schlage vor, zwischen folgenden Phänomenen zu unterscheiden:
- Wachstumsursachen: ökonomische Institutionen wirken auf der Makroebene auf das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt so, dass es zwingend wächst: Wenn die Institutionen nicht bestehen würden, würde es kein Wirtschaftswachstum geben. Es müsste eine kausale Kette zwischen den Institutionengefüge und dem volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt beschrieben werden. Mit der Wachstumsspirale will Binswanger (2006) nach meinem Verständnis so einen Verursachungsmechanismus beschreiben. Seine Kernthese verstehe ich folgendermaßen: Eine Ökonomie, in der Arbeitsteilung stattfindet, Produktion vorfinanziert werden muss und ein universelles Tauschmittel existiert, wächst entweder notwendigerweise von einer Periode zur nächsten oder sie schrumpft. Ob diese These wahr ist, ist eine weitere Frage.
 - Wachstumswirkungen: ökonomische Institutionen wirken auf der Makroebene auf das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt so, dass sie einen Beitrag zu dessen Wachstum leisten. Kandidaten: technologischer Fortschritt. Generell erscheinen mir diese beiden Begriffe (Wachstumsursache und Wachstumswirkung) als nicht hilfreich, da sie ohne einen Bezug auf ökonomische Akteure und ihr Handeln (und damit ihre Absichten) auszukommen versuchen. Letzteres erscheint mir jedoch als wesentlich, um ökonomische Sachverhalte zu erklären.
- aa) Gemeint ist hier eine Art des Wirtschaftens, die auf Strukturelementen beruht, welche eine dauerhafte ökonomische Versorgung der Gesellschaft im Wesentlichen durch eine gleichzeitige permanente Steigerung des BSP/BIP zum Gegenstand haben müssen. Verbunden damit ist der Zwang zur Akkumulation von Ressourcen aller Art bei gleichzeitigem Rationalisierungszwang aller Prozesse, um einen Realisierungsvorsprung von Produktion und Konsum im progressiv werdenden Verdrängungswettbewerb sicherzustellen. Im Zeitablauf ist dann der Maximierungszwang von strukturlogischem Vorteil.
- Die Alternative dazu wäre im System: Ausscheiden des Wettbewerbsteilnehmers, also Existenzbedrohung im Zeitablauf.
- Ökonomie setzt sich aus den Begriffen Oikos (Haus) und Nomos (Gesetz, Regel) zusammen, womit gemeint ist, so zu wirtschaften, dass ein „Haus gehalten werden kann“. Eine auf Wachstumszwang basierende Ökonomie kann das nicht leisten.

3. Kandidaten für einen Wachstumszwang

- a) **Kreditsystem und Zins** innerhalb der Produktion. Geld- und Finanzsystem allgemein.
- Hingegen: „kein Zwang“ , „wenig plausibel“, „nicht überzeugend“. Vermeintlicher Zwang innerhalb des Geldsystems entstehe durch Konsum- bzw. Akkumulationsentscheidungen, ungleiche Eigentumsverteilung, Umverteilungswirkung des Zinses, (Geld-)Vermögensbildung (zur Existenzabsicherung) im Kreditgeldsystem & prinzipiell unbegrenzte endogene (Kredit-)Geldschöpfung.
 - soziale Norm, „selbsttätiges“ Wachstum von Geldvermögen („Geld arbeitet“) als selbstverständlich darzustellen, sie äußert sich in der selbstverständlichen Erwartung, dass Guthabenzins immer positiv ist; dass daher auch andere Arten von Geldvermögen (u.a. Aktien, Anleihen, andere Wertpapiere) eine positive Rendite abwerfen. Die Annahme, dass Zinserträge (oder generell größere Einkommen) vollständig konsumiert werden, sei „welfremd“ und empirisch nicht zu beobachten. Die Geldvermögen wachsen stärker als die Wirtschaftsleistung. Eine Sparquote von null sei daher nicht realisierbar, außer es würde im großen Maße Geld „verschenkt“, was heute so nicht passiert. Selbst wenn also Kreditgeber ihr Zinseinkommen komplett in Konsumnachfrage umsetzen (würden), ergibt sich ein Gerechtigkeitsproblem und eine Verarmung anderer Wirtschaftsteilnehmer. Selbst wenn also das BIP nicht wachsen MUSS, wenn vollständiger Konsum der Zinseinkommen angenommen wird, ergibt sich doch ein Verteilungsproblem.
 - Die (Finanz-)Institutionen, die die Refinanzierung von Unternehmen daran binden, dass der Umsatz wächst.
 - Trotz Ablehnung eines starken „Zwang“ sei Wirkung verzinsten Kredite nicht auszuschließen.
- b) **Konkurrenz**wirtschaft, immer brutalerer Wettbewerb, Verdrängungswettbewerb durch Skaleneffekte. Ein Produzent, der nicht seinen Profit oder Marktanteil unter Berücksichtigung der Bedingungen Preise, Präferenzen der Konsumenten, Rechtsrahmen usw. maximiert, erhöht das Risiko, langfristig aus dem Markt auszuschneiden. Wer nicht produktiver wird, scheidet langfristig aus dem Markt aus; Institutionelle Rahmenbedingungen, die ein Überleben im Wettbewerbsregime allein über Profitmaximierung sicherstellen; Konkurrenz um technische Weiterentwicklung von Produkten, die Akkumulation von Wissen und Kapital, Wachstumsnotwendigkeit von Firmen im Kapitalismus durch erweiterte Akkumulation, Notwendigkeit neuer „Commodity frontiers“, Paradigma der **Mehrwertproduktion** im Kapitalismus im Allgemeinen; Betriebe agieren ja unter völlig unterschiedlichen Bedingungen (Arbeitskosten, Zugang zu Ressourcen, Umweltauflagen, Steuern), bieten aber z.T. auf den selben Märkten an. Wer kann, stellt sich in dieser Situation breit über mehrere Länder auf – und wächst.; Die Marktwirtschaft mit ihrem Wettbewerbsregime als Ganzes. Größe bringt Skaleneffekte mit sich, über die Kosten gespart werden können. Überschuss kann in Innovationen investiert werden. Innovationen können auch durch Geld vom Kapitalmarkt finanziert werden, daher besondere Rolle von Aktiengesellschaften. Die Wahrscheinlichkeit einen Kredit zu bekommen, wächst mit der Rendite-Erwartung, sprich wieviel Rendite man verspricht bzw. in der Vergangenheit erzielt hat.; Unterscheidung notwendig, man darf nicht alles unter „Konkurrenz“ subsumieren: Leistungswettbewerb ist nicht beliebig steigerbar,

Innovationswettbewerb (technischer Fortschritt auf der Basis von hohem Ressourcenverbrauch) hingegen schon – Anderer Aspekt: Versuch der Akkumulation ökonomischer Macht zur **Umgehung** des Wettbewerbs

- c) Drängen nach **Eigenkapitalrendite**, Hebeln mittels Fremdkapital, **Profit**maximierung bzw. Profitzwang, Ausrichtung des Wirtschaftsprozesses auf Profitstreben. Hingegen: Profitstreben an sich nicht, denn man kann auch ohne Wachstum konstant Profite erwirtschaften
- d) konkurrenzgetriebene **Inklusions-** und **Exklusionsstrategien** gesellschaftlicher Gruppen oder die Orientierung am meritokratischen Ideal bzw. dem Leistungs- und Aufstiegsethos. Hingegen: Der Einsatz von Technologie untergräbt das Leistungsprinzip (= normative Grundlage von Marktgesellschaften), indem Marktleistungen eher von Material (Automatisierung) als von Menschen erbracht werden
- e) Erfindergeist
- f) Unternehmen und deren Marketing-Abteilungen haben die Aufgabe, immer wieder von Neuem Bedürfnisse zu schaffen, steigende Konsumnachfrage, Unter dem Einfluss von **Marketing** scheint es auf Individualebene mittlerweile vollkommen normal zu sein, mit dem bereits Erreichten **nie zufrieden** zu sein, **Individuum als Konsument**, Konsumkultur
- g) sozialer Druck, der es schwierig und unangenehm macht nicht dem Wachstumszwang zu folgen. So zum Beispiel der Druck, immer auf dem **neuesten Stand der Technik** hinsichtlich Smartphone zu sein, „Wohlstand“ und sein Zwang mitzumachen, Konsum mancher Produkte hat einen *ökonomischen* Hintergrund: persönliche Produktivitätssteigerung durch cleveren Einsatz von Produkten und Ressourcen, „Effizienzkonsum“
- h) Definition von **Werten**, die unsere Kultur und Gesellschaft uns vorgibt und zunehmend von der auf Wachstum gedrückte globalisierten Wirtschaft beeinflusst und verändert werden. Die Folge: Durch die Globalisierung setzen sich meist die Starken durch und die schon Schwachen bleiben und werden immer mehr zu Verlierern. Dies liegt auch daran, dass die Starken in den „Verlierergesellschaften“ (Bsp. Afrika) keine Vorteile sehen und sie daher ausbeuten – nicht in Form von Rohstoffen (außer Diamanten (leider)) aber in Form von wir kaufen eure Agrarprodukte zu teuren Preisen (und die Erzeuger können sich Ihre eigene Produkte nicht mehr leisten), wir senden Euch unseren Müll, aber wir wollen eure (Wirtschafts-)Flüchtlinge nicht.
- i) **kulturelle Faktoren**, insbesondere Konsumismus (Wegwerfmentalität, die neuestes-Modell-Neurose, möglicherweise auch die Schnäppchenobsession, die Firmen immer weiter zu economies of scale drängt, etc.) und das Wachstumsideal der Wirtschaft, evolutionärer Erhaltungstrieb. Die menschliche Gier, das Streben nach Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe und daneben auch das Streben nach Besonderheit, die Unbegrenztheit menschlicher Bedürfnisse und Erfindungskraft halte ich dagegen nicht für grundsätzliche Wachstumstreiber. Sie werden allerdings endlos gefüttert durch die „selbstständige Geldakkumulation“ und ökonomische Renten / undifferenziertem Eigentumsbegriff und/oder werden deren nützliche Diener. Hingegen: Sozio-kulturelle Mechanismen erscheinen generell nicht geeignet, einen Wachstumszwang zu begründen. Wenn es „ernst wird“, steht ein ökonomischer Zwang dahinter, auch wenn er nicht immer leicht zu erkennen ist
- j) **Ungleichheit** führt dazu, dass mehr Dinge als notwendig zu gesellschaftlichen Teilhabe oder

gegen Statusverlust notwendig sind. Ungleichheit in Verbindung mit der mangelnden Fähigkeit/dem mangelnden Willen einer Gesellschaft, Verteilungskonflikte durch Umverteilung statt durch Wachstum ("mehr für alle") zu befrieden. Wächst eine Wirtschaft nicht, steigt das Risiko aufbrechender Verteilungskonflikte und damit die Gefahr von Abwahl, sozialen Unruhen und ggf. Systemwechseln. Jedenfalls sind Konsequenzen zu erwarten, die viele Politiker als existenziell bedrohlich empfinden, weshalb sie eine wachstumsfreundliche Politik betreiben müssen. Ungleichheit ist für die besser gestellten ökonomisch attraktiv, damit ist die Chance zur Akkumulation so etwas wie ein „Angebot, das man nicht ablehnen kann“

- k) etablierter Mechanismus der **Verteilung von Einkommen, Anerkennung und Teilhabechancen über Arbeit**: Wachstum in Form steigender **Arbeitsproduktivität** erhöht tendenziell die Arbeitslosigkeit (Okun'sches Gesetz), die den Verlust von Einkommen, Anerkennung und Teilhabechancen bedeutet. Arbeitslosigkeit kann wiederum durch Wachstum in anderen Bereichen gesenkt werden, weshalb die Politik Wachstum fördert bzw. um den Preis der Abwahl fördern muss. Die ausreichende Nachfrage nach Arbeit und damit eine ausreichende Menge an Jobs bedarf Wachstum, wenn arbeitssparender technologischer Wandel stattfindet; Steigerung der Arbeitsproduktivität (zur Profiterzielung); Verschiebung der Verteilung von Einkommen durch Technik und Ressourcennutzung, gleichzeitig droht Arbeitslosigkeit durch Automatisierung, die mittels bewusster Wachstumspolitik zu kompensieren versucht wird
- l) Verhältnis von Arbeitskosten und Kosten für Energie und Material als betriebliche Produktionsmittel. Durch die enorm höheren Arbeitskosten wird Automatisierung forciert, was wiederum einen höheren Mengenausstoß erfordert – also Wachstum. Abgängigkeit von Importen v.a. für Energie, notwendige **Rohstoffe**
- m) **Staatsverschuldung**, Staatsverschuldung in Verbindung mit Verlustaversion: Im Detail sehr komplex, in der Tendenz aber könnte man sagen, dass die Finanzierung der Staatsschulden durch Wachstum der politisch attraktivste Weg ist (gegenüber Alternativen wie Sparen oder Währungsreformen = Enteignung). Sofern die Alternativen sich im politischen Tagesgeschäft als prohibitiv herausstellen (Sparen oder Währungsreform gefährdet aufgrund von Verlustaversion Wiederwahl), ist die Politik i.S. der amtierenden Machthaber faktisch zu einer Wachstumsförderung gezwungen. Hingegen: Staatsverschuldung ist eher Folge des teuren Versuchs, Arbeitslosigkeit zu reduzieren.
- n) **Sozialversicherung**, Finanzbasierte Versicherungssysteme anstatt von Umlageverfahren; auf Wachstum ausgerichtete Sozialsysteme, die politökonomisch betrachtet äußerst schwer zu verändern sind, wie bspw. das Renten- oder Gesundheitssystem; umlagefinanzierte Alterssicherungssysteme in Verbindung mit unserer Präferenz für Gegenwartskonsum und aktuellem Niedrigzinsniveau/secular stagnation: Individuen können nur gegen ein Zinsversprechen bewogen werden, ausreichend Geld für ihr Alter zurückzulegen (Präferenz für Gegenwartskonsum). Solange sich aber der Geldzins am Realzins und damit der Wachstumsrate orientiert, führt das aktuelle und ggf. dauerhafte Absinken der Wachstumsrate auf null (These der secular stagnation) dazu, dass auf Ersparnisse keine Zinsen mehr gezahlt werden, womit die Alterssicherungssysteme unattraktiv werden. Umlagefinanzierte Alterssicherungssysteme können hierdurch in Schieflage geraten, da ihre aktuellen Auszahlungen nicht aus früheren Einzahlungen sondern aus aktuellen Einnahmen finanziert werden. Um die Alterssicherungssysteme in dieser Situation zu stabilisieren, wird der Staat daher eine wachstumsorientierte Politik betreiben. Abstrakt gesprochen hat also

das Zeitalter des Wachstums zur Ausprägung von Institutionen geführt, die nur im Kontext von Wachstum stabil sind. Nullwachstum destabilisiert diese Institutionen, was bei ausreichender gesellschaftlicher Relevanz (hier eben die Alterssicherungssysteme) mit prohibitiven Kosten verbunden sein kann.; Abhängigkeit der Sozialversicherung weniger von Wachstum, sondern von hoher Beschäftigung

- o) hohe Produktionsmenge eines Landes relevant für seine **internationale Macht**. Ein Indiz dafür wäre, dass auch Staaten wie die Sowjetunion, mit einem deutlich unterschiedlichen Wirtschaftssystem, das viele der anderen diskutierten Mechanismen nicht zulässt, sehr auf Wirtschaftswachstum fokussiert waren
- p) Sicherlich ist hier der Begriff „**Performativität**“ zu erwähnen. Die beratenden Ökonomen der politischen Gremien haben sich dieser angenommen und leiten entsprechende Handlungsempfehlungen ab. Auch lassen sich diese durch die Einfachheit und Klarheit der meist quantifizierbaren Modelle gut darstellen und messen.
- q) Direkte Kopplung der (wirtschaftlichen) Existenz an Erwerbsarbeit und Konsum, Erschöpfungseffekt externer Motivation / des "Geldverdienens"
- r) Unsichere Zukunftsaussichten: Akkumulation dient dann als Absicherung gegen ein "Zuwenig", insb. Zuteilung von Grundgütern über den Markt bei ungewisser Versorgung mit ausreichenden finanziellen Mitteln um an diesem Markt teilzuhaben
- s) Strukturen in denen ein „Stillstehen“ nicht geduldet werden: z.B. Aufstieg oder Ausstieg am Arbeitsplatz
- t) These, dass es keine "echten" Wachstumszwänge gibt. Es handelt sich hier vielmehr um Mechanismen, die sehr wohl zu beachten sind, wenn man mit dem Wachstum aufhören möchte bzw. muss (s. die end-of-growth-Debatten um Larry Summers, Robert Gordon und andere). Zu überwinden dürften sie alle sein, allerdings bedeutet ihre Überwindung, wie eine Transformation zum Postwachstum generell, Kosten, und zwar ungleichverteilte Kosten für die Beteiligten. Die Weigerung, diese Kosten zu akzeptieren, könnte der fundamentale Wachstumszwang sein. Schwer zu bestimmen, was davon Zwänge in einem starken Sinn des Wortes sind.
- u) „soziale Tradition“, beim Eigentum nicht zwischen Gütern, die durch menschliche Arbeit vermehrt werden können (z.B. Maschinen, Gebäude, Transportsysteme) und solchen zu unterscheiden, bei denen dies unmöglich ist: Boden, sonstige Naturressourcen, das gesamte Ökosystem. Beide Traditionen legitimieren „ökonomische Renten“, die ohne entsprechende Gegenleistung, also ohne Arbeitsleistung, an die Empfänger fließen. Diese Verteilungswirkung schlägt sich in einem Wachstumsdruck nieder. Das klassische Beispiel für ökonomische Renten ist die Bodenrente, gegenwärtig ganz akut deutlich als Miet- und Bodenpreisexplosion in den Städten. Weitere aktuelle Beispiele wären notwendige Beschränkungen der Nutzung anderer Naturressourcen aufgrund ökologischer Grenzen. Da hier der Bedarf grundlegend und ziemlich starr ist, würden bei strenger Ordnungspolitik und privaten Verfügungsrechten die privat angeeigneten Knappheitsrenten steigen. Die damit verbundenen höheren Kosten werden für die Bevölkerungsteile mit niedrigerem Einkommen und keinen Verfügungsrechten besonders schmerzhaft spürbar. Die Folge ist zuallererst, dass keine strenge Ordnungspolitik betrieben wird. Allerdings könnten entsprechende Öko-Abgaben eine Lenkungswirkung erzielen. Es wird dann sofort die Verwendung des Aufkommens aus diesen Abgaben wichtig. Genauso könnte mit einer Bodenwertsteuer die Bodenrente abgeschöpft werden und das weitere Steigen der Bodenpreise verhindert

werden.

- v) evtl. Inflation
- w) Wachstumszwang: Eine Autorität richtet ein Institutionengefüge ein mit der Absicht, dass die Volkswirtschaft wächst, und verankert es gesetzlich (womit es alle dem Gesetz Unterworfenen zwingt, sich an das Institutionengefüge zu halten). Kandidaten: mir sind keine bekannt;
- x) Institutioneller Zwang mit Wachstumskonsequenzen: Der Staat richtet eine institutionelle Ordnung ein (ohne die Absicht, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, sondern z.B. Wohlergehen zu steigern oder Einkommensverteilung zu erzielen oder. . .) und verankert es gesetzlich. Wenn sich jedoch alle Akteure daran halten (und sie sind gezwungen, sich daran zu halten), entsteht Wirtschaftswachstum. Kandidaten für diese Zwänge: zahlreiche bestehende Institutionen (z.B. Sozialversicherungssysteme). Es ist eine empirische (und nach meinem Wissen nicht systematisch untersuchte) Frage, ob diese Institutionen zur Folge haben, dass die Volkswirtschaft wächst.
- y) Wachstumsdruck: Ein Institutionengefüge übt Druck auf ökonomische Akteure aus, sich auf eine bestimmte Art zu verhalten, wodurch volkswirtschaftliches Wachstum entsteht. Kandidaten: Wettbewerbssituation, Werbung, Streben nach sozialer Anerkennung (hier ist das Institutionengefüge, das den Druck ausübt, nicht gesetzlich verbietet, sondern drückt sich in impliziten, weit anerkannten, sozialen Normen aus), vermutlich auch technologischer Fortschritt.
- z) 1. Private Verfügung über die zentralen Produktionsmittel (PM) (Boden und Kapital)
2. Abhängigkeit der „Verfüger über Arbeitskraft“ von Zutrittsmöglichkeiten zu den PM Boden und Kapital
3. Strukturgrundlage: progressiver Verdrängungswettbewerb
Hieraus entspringt dann eine Strukturlogik, welche die in Punkt 1 genannten Begegnungs- und Verhaltensprozesse durchdringen.